

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Energieversorgung der Zukunft – sicher, zuverlässig, bezahlbar

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bundesrat für einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes einzusetzen, um die in § 7 festgeschriebene Laufzeitbegrenzung zu ändern. Mittels Verlängerung der Betriebsgenehmigungen soll ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes ermöglicht werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.
2. die „Kompetenzen Kernenergie“ in Deutschland zu sichern und zu verankern. Aus diesem Grunde sollen neue Forschungskompetenzen an den landeseigenen Hochschulen etabliert und gemeinsam mit dem gesamten Forschungszweig „Kernenergie“ gefördert werden, um einem Abfluss von Expertise ins Ausland entgegenzuwirken.
3. eine Studie in Auftrag zu geben, um neue, geeignete Standorte für Kraftwerke der vierten Generation zu identifizieren und Machbarkeitsstudien für die Errichtung von Kraftwerkstypen mit dieser neuen und innovativen Technologie (beispielsweise Dual Fluid Reaktoren) durchzuführen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Atomenergie und die Forschung an ihr als Spitzentechnologie ist einer der wichtigsten Bausteine für die Energiesicherheit der Zukunft. Aus diesem Grund müssen das heimische Knowhow, entsprechende Forschungseinrichtungen sowie die universitären Fachrichtungen und die daran gebundenen Lehrstühle in Deutschland erhalten bleiben. Es darf unter keinen Umständen einen weiteren Abfluss von knowhow ins Ausland aufgrund politisch fragwürdiger Zielsetzungen geben.

Die EU ist derselben Meinung. Seit Februar 2022 fallen Atomenergie und Gaskraftwerke ebenfalls unter die sogenannte Taxonomie-Verordnung. Sie gelten somit als besonders klimafreundlich und werden besonders gefördert. Frankreich plant bis zu 14 neue Atomkraftwerke und liegt dabei im Trend. Finnland, Tschechien und Bulgarien planen ebenso eines. Großbritannien, die Ukraine, Ungarn, die Türkei, Rumänien und Usbekistan sogar zwei, die USA immerhin drei und Russland und China zusammen planen ganze 68 Atomkraftwerke.

Auch hier sollte die von der Landesregierung oft beschworene europäische Solidarität gelebt werden. Laut Plan der Bundesregierung sollen aber in Deutschland die letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 bis Ende 2022 stillgelegt werden und die Ampel-Koalition hat verlautbart, den Kohleausstieg von 2038 sogar auf 2030 vorzuverlegen.

Um den wachsenden Energiebedarf, bezahlbare Energien und Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, ist es nun Zeit für eine zukunftsfähige und sichere Energieversorgung.

Die heimische Energieabhängigkeit betrug 2019 bereits 68 %. Somit wurden im Jahr 2019 rund 68 Prozent des Energiebedarfs in Deutschland durch Importe gedeckt. Noch sind keine neueren Zahlen bekannt, jedoch lassen in der Zwischenzeit acht weitere vom Netz genommene Kraftwerke nichts Gutes erahnen.

Die politisch erzwungene Abschaltung von grundlastfähiger und regelbarer Leistung durch Kernkraft im Jahr 2022 mit 2,7 GW und Kohle 2038 mit 0,8 GW (vorverlegt auf 2030) hin zu witterungsabhängiger und volatiler Erzeugung (Solar- und Windenergie) wird zu einer erheblichen Kostensteigerung führen. Energiespeicher werden zunehmend als Lösung für das Volatilitätsproblem gesehen.

Tatsächlich sind die Möglichkeiten zur Stromspeicherung aus technologischen und wirtschaftlichen Gründen mittelfristig äußerst begrenzt und auch nur über weitere massive staatliche Eingriffe durchsetzbar. So beträgt das physische Potenzial der Pumpspeicherung, welche als die effektivste Speichermethode angesehen wird, für ganz Westeuropa maximal 2,3 TWh, der Jahresenergiebedarf von ganz Mecklenburg-Vorpommern liegt zum Vergleich bei über zwölf TWh.

Aufgrund der hohen Kosten sowie der physikalischen und technologischen Beschränkungen sollte der Ausbau der Energiespeicherkapazitäten schrittweise und marktgetrieben erfolgen und nicht durch zusätzliche staatliche Eingriffe erzwungen werden. Die Hauptaufgabe der Landesregierung sollte sich dementsprechend auf die Förderung von Forschung und Entwicklung für kostengünstigere Speichertechnologien konzentrieren.